

Laibacher Zeitung.

Nr. 92.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzj. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 kr. Mit der Post ganzj. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Mittwoch, 22. April

Insertionsgebühr bis 10 Zeilen: 1mal 60 kr., 2mal 80 kr., 3mal 1 fl.; sonst pr. Zeile 1m. 6 kr., 2m. 8 kr., 3m. 10 kr. u. f. w. Insertionsstempel je 20m. 50 fr.

1868.

Nichtamtlicher Theil.

Ueber die Finanzfrage

wird der „Tr. Ztg.“ aus Wien 17. April geschrieben: Das Subcomité des reichsräthlichen Finanzausschusses hat gestern einstimmig ein großes Wort gelassen, sehr gelassen ausgesprochen, indem es über Antrag des Abg. Skene und auf ein Referat desselben gestützt das Vermögenssteuergesetz rundweg ablehnte und einen diesbezüglichen Antrag für das Plenum des Ausschusses formulirte. Die Gründe, die den Abg. Skene und die übrigen Botanten zu diesem Entschlusse geführt haben, mögen recht beachtenswerthe sein, man wird uns aber andererseits auch zugeben müssen, daß die Regierung ebenfalls ihre gewichtigen Motive für die Einbringung der Vorlage in dieser Form und mit dieser Tragweite gehabt haben mag. Eine Detaildiscussion der Gründe, welche Abg. Skene seinem Antrage beigegeben, erscheint uns für heute verfrüht, da dieselben nur in den allgemeinsten Umrissen angedeutet vorliegen und sich die dem Publicum gebotenen in ihrer Lückenhaftigkeit — wir meinen dies auch in materieller Beziehung — jeder Kritik entziehen. Was soll man, um nur ein Beispiel anzuführen, von einer Argumentation halten, die auf eine apodiktisch hingestellte, aber nicht bewiesene Höhe der Deficitsumme hin die Vermögenssteuer als unzureichend zur Deckung des Ausfalls erklärt und schon aus diesem Grunde deren Verwerfung beantragt. Wir wollen jedoch mit dem Beschlusse des Subcomités nicht rechten; liegt ja das Votum des Ausschusses selbst noch nicht vor und ist eine Rectification in dieser Richtung immer noch zu gewärtigen. Bedeutungsvoller an diesem Votum erscheint uns die reine Negation, die sich in demselben manifestirt und die mindestens zu dem Ausspruche berechtigt, daß sich das bezügliche Comité seine Arbeit sehr leicht gemacht. Was wollen der Abg. Skene und seine Genossen im Subcomité eigentlich, wenn sie die Vermögenssteuer nicht wollen? Die Beantwortung dieser jedem ausdrängenden Frage vermessen wir in dem betreffenden Antrage. Wir sind durchaus keine absoluten Bewunderer des Vermögenssteuergesetzes in der Gestalt, in der es gegenwärtig vorliegt, auch wir anerkennen die Nothwendigkeit einer gründlichen Umänderung desselben, wenn es die Bevölkerung nicht zu hart und zu — ungleichmäßig treffen soll; schließt aber die Erkenntniß der Unvollkommenheit eines Gesetzes die Möglichkeit einer Vervollkommnung aus? Die Regierung hat in Betreff der Finanzfrage die ihr obliegende Verpflichtung erfüllt, sie hat ein auf das strengste restringirtes Budget vorgelegt, sie hat zur Bedeckung des unausweichlichen Deficits — einer ominösen Erbschaft früherer Systeme — nach bestem Wissen und nach reiflicher Erwägung aller Verhältnisse ihre Vorlagen gemacht; die Regierungsprojecte zu prüfen, sie zu verbessern, zu ändern, dies ist die Aufgabe der Legislative, sie kann sich ihr durch eine pure, nackte Zurückweisung der von der Regierung gemachten Propositionen nicht entziehen, will sie sich nicht dem Vorwurfe eines parlamentarischen dolce far niente aussetzen: die Regierungsvorlagen einfach ablehnen, heißt seine eigene Unproductivität selbst bekennen. Wird sich der Finanz-Ausschuß ein solches Zeugniß der Geistesarmuth selbst ausstellen wollen? Wir haben allen Grund, dies ernstlich zu bezweifeln, im Hinblick auf die Capacitäten, die im Ausschusse selbst sitzen; wir können demgemäß erwarten, daß bei der Dringlichkeit der Finanzfrage der Ausschuß sicherlich sich nicht darauf beschränken werde, mit einer bloßen Negation der Regierungsvorlagen vor das Haus zu treten, sondern dürfen wohl annehmen, daß die tüchtigen Kräfte dieses Ausschusses, wenn sie schon die Regierungsprojecte für undurchführbar oder irrationell erachten sollten, mit einem wohl ausgearbeiteten Finanzplane den dringenden Staatsbedürfnissen ausgiebig Rechnung tragen werden. Selbstverständlich setzen wir voraus, daß dies ein wirklicher „Finanzplan“ sein würde, denn Anträge auf eine neue Staatsnoten-Emission oder auf Contrahirung einer Anleihe könnten wir nur als die bedauerliche Fortsetzung älterer „Planlosigkeit“ auf dem finanziellen Gebiete bezeichnen.

Jedoch, wie schon bemerkt, für heute stehen die Sachen noch nicht so, und ist zu erwarten, daß der Finanzausschuß die bezüglichen Regierungsvorlagen rein objectiv erwägen werde: von einem solchen Vorgehen in dieser Frage versprechen wir uns die positivsten Resultate. Zum mindesten verfrüht erscheint es daher, wenn ein Residenz-

blatt bereits die Frage in Erwägung zieht, welche Stellung die Regierung in dem Falle einnehmen sollte, daß das Haus sämtliche Finanzvorlagen negirte, und für diese Eventualität eine Auflösung des Abgeordnetenhauses proponirt. Wie wir, gestützt auf Informationen, die wir aus guter Quelle schöpfen, berichten können, steht der gegenwärtigen Regierung nichts ferner, als eine solche Absicht; ihr Standpunkt in der Finanzfrage ist von vornherein gegeben. Die Regierung wird bereitwilligst jede Verbesserung an ihren Projecten acceptiren, wird jedoch in dem Falle, als das Haus sich ihren Vorlagen gegenüber absolut negativ verhalten sollte, den Moment für gekommen erachten, nach anderen Maßregeln zu greifen; diese sind für ein parlamentarisches Ministerium klar präcisirt und können in nichts anderem bestehen, als daß das Ministerium, welches aus der Majorität des Hauses hervorging, seinen Platz räumt, wenn es in principiellen Fragen diese Majorität nicht hinter sich hat. So glauben wir, dürfte sich, den äußersten Fall der Ablehnung aller Finanzvorlagen gesetzt, die Situation gestalten; ob zum Heile des Staates, ob zur Kräftigung des Verfassungslebens, wer vermöchte das heute zu behaupten? Vielleicht fühlt dann Abg. Skene den Veruf in sich, risikothanischer Finanzminister zu werden! Bei seinen speciellen Neigungen dürfen wir uns dann wohl eines Finanzprojectes versehen, welches das Deficit im Wege eines hohen — Eingangszolles wird decken wollen. Da ist uns, offen gestanden, die rein doctrinäre heutige Negation des Abg. Skene doch noch lieber, als eine etwaige Position desselben; für heute aber macht uns weder die eine, noch die andere besondern Kummer.

93. Sitzung des Abgeordnetenhauses

vom 20. April.

Auf der Ministerbank: Ihre Excellenzen die Herren Minister: v. Plener, Dr. Giskra, Ritter von Hafner, Dr. Herbst, Dr. Brestel, Dr. Berger. Präsident v. Kaiserfeld eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 5 Min.

Das Herrenhaus theilt seinen Beitritt zu den vom Abgeordnetenhaus beschlossenen Geszentwürfen, betreffend die Amortisirung öffentlicher Creditpapiere und die Regelung des Verfahrens bei der Eidesablegung vor Gericht mit. (Das Herrenhaus hat die Wirksamkeitsclausel abgeändert, weshalb die betreffenden Ausschüsse beauftragt werden, in der nächsten Sitzung darüber Bericht zu erstatten.)

Das Ministerpräsidium theilt in einer Zuschrift die Zustimmungsbefehle der Stadt Bregenz zu den constitutionellen Gesetzen mit, welche an das Gesamtministerium und an die beiden Häuser des Reichsrathes adressirt ist. (Dieselbe wird vollinhaltlich vorgelesen und zur Kenntniß genommen.)

Das Handelsministerium legt mit Bezugnahme auf seine frühere Vorlage ein detaillirtes Nachtragspräliminäre für den Staats Telegraphen in der Höhe von 300.000 fl. vor, von welchen 48.000 fl. auf das Ordinarium und 252.000 fl. auf das Extraordinarium entfallen.

Das Finanzministerium legt eine Regierungsvorlage, betreffend die Aenderung des Gebührengesetzes in Betreff der Gebühren bei dem Concursverfahren, eine Regierungsvorlage betreffend die Ausprägung von Scheidemünzen und die Einziehung der Münzscheine, eine Regierungsvorlage betreffend die Aenderung des Branntweinsteuergesetzes, eine Regierungsvorlage betreffend die Aenderung der Biersteuer, eine Regierungsvorlage betreffend den Abschluß einer Vereinbarung mit dem ungarischen Finanzministerium über die Verwaltung des Salzmonopols zur verfassungsmäßigen Behandlung vor. (Diese Vorlagen werden in der nächsten Sitzung zur ersten Lesung gelangen.)

Die eingelaufenen (40) Petitionen werden den betreffenden Ausschüssen zugewiesen.

Es wird zur Tagesordnung geschritten. Auf derselben steht der Bericht des volkswirtschaftlichen Ausschusses über die Petitionen um Regelung und Ermäßigung der Eisenbahntarife.

Abg. Skene verliest den Bericht.

Der volkswirtschaftliche Ausschuß ist der Ansicht, es sei von erster Dringlichkeit, das Verkehrsweisen durch Eisenbahnen nach folgenden Grundsätzen gesetzlich zu regeln, und zwar:

1. durch Herabminderung und möglichste Gleichmäßigkeit der Tarife;

2. durch Regelung der Nebengebühren und der Lieferzeit der Waaren;

3. durch Einführung einer allgemein günstigen Classification der Waaren,

und glaubt, gestützt auf diese Grundsätze, dem Abgeordnetenhaus folgenden Antrag zur Annahme anempfehlen zu können: Es seien die Petitionen um Regelung der Eisenbahntarife der Regierung zur Würdigung abzureiten und dieselbe aufzufordern, dem Reichsrathe noch in dieser Session einen Geszentwurf zur thunlichsten Verabreichung und möglichsten gleichartigen Regelung der Eisenbahntarife vorzulegen.

Die Debatte wird eröffnet.

Abg. Dr. Toman findet, es sei erwiesen, daß in Oesterreich das Eisenbahnwesen dem Handel und der Industrie wenig Vortheile bringe. Er wolle nicht über die verschiedenen Uebelstände sprechen, an welchen das Eisenbahnwesen bei uns leidet, sondern nur das Zonensystem besprechen im Interesse des Landes, welchem er angehöre. Dieses Land sei durch seinen Reichtum an Bodenproducten vorzüglich zur Industrie berufen, das Zonensystem sei aber dasjenige, was dieselbe niederhalte. Dieses System habe die ganze Mehlerzeugung Krains lahmgelegt und sämtliche Mühlenwerke zum Stillstande gebracht. Die Fracht von Ofen nach Triest sei durch den Zonentarif billiger, als die von Laibach nach Triest, und die natürliche Folge sei, daß Laibach in seinen Mählproducten mit Ofen-Pest nicht mehr concurriren könne.

Darauf wolle er die Aufmerksamkeit der Regierung lenken. Es läge im Interesse der Südbahn selbst, da Abhilfe zu treffen, und er ersuche das Handelsministerium, vermittelnd einzuschreiten. Schon aus diesem Gesichtspunkte müsse er den Anträgen des Ausschusses beipflichten.

Se. Excellenz Herr Handelsminister v. Plener:

Bei dem uns heute vorliegenden Antrage des Ausschusses handelt es sich wesentlich um drei Punkte: Der erste Punkt ist der, daß das Bedürfniß des Verkehrs und der Industrie nach wohlfeileren Transportbedingungen und daher nach niedrigeren Eisenbahntariffen ein unleugbares ist. Der zweite Punkt spricht die Nothwendigkeit aus, daß zur Abhilfe dieses Bedürfnisses etwas geschehen müsse. Der dritte Theil des Berichtes erklärt, daß zur Erreichung dieses Zweckes die Regierung gemeinschaftlich mit der Legislative vorzugehen habe und der Weg der Gesetzgebung zu betreten sei.

Was die beiden ersten Punkte anbelangt, so ist die Begründung derselben in dem Ausschuchsberichte in so überzeugender Weise geliefert, daß es überflüssig wäre, sich in dieser Beziehung in weiteren Auslassungen zu ergehen. Die Bedürfnisse der Industrie und des Verkehrs pochen so laut und so vernehmlich an unsere Pforten, daß sie nicht mehr überhört werden dürfen, der Anspruch auf Befriedigung derselben ist ein vollkommen gerechter und muß als industrielle Lebensbedingung, als Bedingung der Steuerkraft erfüllt werden.

Was den dritten Punkt, nämlich den Weg betrifft, welcher einzuschlagen ist, um in diesen Beziehungen zum Zwecke zu gelangen, so erlaube ich mir zu bemerken, daß die bisherigen Festsetzungen und Bestimmungen über Tariffätze und insbesondere über Maximaltariffätze in den betreffenden Concessions- und Privilegiumsurkunden aufgenommen sind.

Diese Concessionsurkunden, sie mögen im absoluten Wege oder im Wege der verfassungsmäßigen Mitwirkung zu Stande gekommen sein, bilden wirkliche, eigentliche Gesetze; es scheint mir daher nur correct, daß es in dem Falle, als die Bahngesellschaften nicht selbst im Wege der Verhandlungen mit der Regierung von ihrem ursprünglichen Rechte der hohen Tariffätze abgehen, daß ein Uebereinkommen nicht erzielbar ist, es Pflicht der Gesetzgebung ist, mit ihrem Ernste reformirend einzutreten und statt unbrauchbarer, gemeinschädlicher Bestimmungen zeitgemäße und heilsame Bestimmungen Platz greifen zu lassen; wenn man aber Rücksicht nimmt auf jene älteren Concessionsurkunden, insbesondere auf jene für unsere Hauptbahnen, so wird man bald entnehmen, daß zu jener Zeit, wo diese Concessionen erteilt worden sind, man sich nicht so recht die Wichtigkeit einer Eisenbahn für die allgemeine Wohlfahrt, die Nothwendigkeit der Befriedigung der volkswirtschaftlichen Zwecke und Interessen gegenwärtig gehalten hat.

Für Artikel, welche die Lebensbedingungen der Industrie betrafen, wurde bei den diesfälligen Bestimmungen in den Concessionsurkunden wenig oder gar nicht vorgesorgt; dagegen sehen wir sehr ausgiebige und weitläufige Bestimmungen zu Gunsten der Militärtrans-

porte, der Fahrten der Polizei- und Gefällwachangestellten; in dieser Beziehung zeigen die älteren Concessionsurkunden eine bei weitem größere Fruchtbarkeit und Aufmerksamkeit, als in der Richtung, welche der Volkswirtschaft Vortheile zuführen soll.

Nachdem nun die Zeitumstände sich so entschieden geändert haben, nachdem die Industrie einen so raschen Umschwung genommen hat, so ist es billig und gerecht, daß dasjenige, was nicht im Verhandlungswege mit den Bahnen zu Stande gebracht werden kann, im Wege der Gesetzgebungsreform stattfinden müsse, und in dieser Beziehung kann ich daher im Großen und Ganzen den Anträgen des Ausschusses nur beistimmen.

Ich unterscheide aber bei dem Ausschussberichte zwischen den Motiven des Berichtes und dem Antrage selbst. Die Motive des Berichtes sind offenbar kein Gegenstand, über den Beschluß gefaßt und abgestimmt werden soll, sondern es hat nur der Antrag selbst das Object der Schlußfassung zu bilden. Der Ausschussantrag scheint mir aber so allgemein gehalten, daß er noch in keiner Weise präjudicirt. Es wird heute von dem Gesetzentwurfe, der darin betont und gewünscht wird, noch keinesweges gesagt, ob derselbe schon directe Tariffälle für alle oder nur einzelne Bahnen bringen, oder ob er sich nicht darauf beschränken soll, einen vermittelnden Weg vorzuzeichnen, auf dem man mit Berücksichtigung aller Interessen auch mit Sicherheit und Gewißheit zum Ziele kommen kann.

Eben in dieser allgemeinen Richtung fasse ich den Inhalt des Antrages des volkswirtschaftlichen Ausschusses auf und ich kann von dem Standpunkte der Regierung nur erklären, daß sie damit einverstanden ist. Ich empfehle daher den Antrag der Annahme des hohen Hauses.

Berichterstatte **Stene** bespricht die Mißbräuche, welche bei der Classification und Tarification der Waaren gegenwärtig bestehen, und speciell die Petition der Stadt Wien im Interesse der Approvisionierung derselben, und verweist dabei auf die französische Regierung, welche den Eisenbahnen angetragen hat, Lebensmittel für die größeren Städte mit Eilzügen zu befördern.

Die Regierung werde am besten in der Lage sein, das vorliegende Materiale zu prüfen und Abhilfe zu treffen.

Der Ausschussantrag wird hierauf angenommen.

Da kein Berathungsgegenstand mehr vorliegt, wird die Sitzung um 12 Uhr 30 Min. geschlossen.

Nächste Sitzung Mittwoch.

Oesterreich und das Zollparlament.

Wien, 18. April. Es versteht sich von selbst, daß das erste Zollparlament, welches Abgeordnete aller Staaten des bisherigen Zollvereins, also des norddeutschen Bundes und der außerhalb dieses Bundes stehenden süddeutschen Länder, in sich schließt, auch in Oesterreich einem hohen Interesse begegnet, aber diejenigen Stimmen befinden sich in entschiedenem Irrthum, welche der Ansicht zu sein scheinen, daß Oesterreich diesem Zollparlament gegenüber eine irgend feindselige Stellung einnehme. Oesterreich hat sich vom Anfang an der Ueberzeugung nicht verschlossen, daß unter den gegebenen Verhältnissen eine Reconstruction des Zollvereins nur auf parlamentarischer Basis möglich gewesen, und es hofft gerade von der parlamentarischen Behandlung der großen volkswirtschaftlichen Fragen auch jenseits seiner Grenzen die weitere Durchdringung des Verkehrslebens mit den zugleich liberalen und gesunden Grundsätzen, nach welchen es die Entwicklung seiner eigenen und internationalen Beziehungen auf volkswirtschaftlichem Gebiete zu regeln begann. Nur Eins muß und darf es voraussetzen, und das ist, daß das Zollparlament nicht über die Schranken hinauszugreifen versuche, welche vertragsmäßig seine Competenz begrenzen. Velleitäten, welche eine politische Absorbirung des deutschen Seins im Wege des Zollparlamentes sich zum Ziele setzen möchten, könnte und würde es nicht gleichgiltig hinnehmen, denn das Gelingen eines darauf gerichteten Experiments, einer nach seiner Ansicht klaren Verletzung sowohl des Grundgedankens als des Wortlauts des Prager Friedens müßte es als eine politische Gefahr ersten Ranges für sich erkennen. Fügen wir indeß sogleich hinzu, daß zur Zeit weder die allgemeine europäische Lage noch die speciellen Verhältnisse in Süddeutschland dazu angethan sind, zu einem solchen Experiment zu ermutigen oder ihm Vorschub zu leisten.

Die politische Lage Deutschlands.

In dem Prager Friedensschlusse mußte Oesterreich das Gesetz des Siegers annehmen. Aber noch ein anderer Besiegter hatte mit ihm das gleiche Schicksal zu theilen. Dieser hieß Deutschland. Das Interesse des Hauses Hohenzollern verlangte eine Alleinherrschaft und die Herrichtung eines Gebietes, auf welchem allein diese möglich war. Was diese Alleinherrschaft gefährden konnte, mußte aus Deutschland hinausgeworfen werden. Das groß gewordene Preußen war ein klein gewordenes Deutschland. Dreißig Millionen Menschen fiel nun die unmögliche Aufgabe zu, sich so verteidigungsfähig zu gestalten, wie einst siebzig Millionen. Wir erblicken jetzt eine fürchterliche Ueberanstrengung, wir werden bald

die unvermeidlichen Folgen derselben, eine fürchterliche Entkräftung erkennen. Die Verkleinerung Deutschlands hat aber auch zur Vergrößerung der Gefahren geführt, welche dasselbe bedrohen. Die große Macht des Westens, welche die Größe Deutschlands friedlich ertrug, ist durch die Kleinheit desselben zu einem mißtrauischen Gegner geworden. Die aggressiven Tendenzen des Hauses Hohenzollern, welche in dem Kriege von 1866 hervortraten, mußten hiezu mit Nothwendigkeit führen.

Ein Staat, zu schwach zur Bewältigung der Aufgaben, welche ihm zugefallen, muß sich durch Allianzen zu stärken suchen. Preußen hat sich um das russische Bündniß beworben. Rußland kann ohne die preussische Allianz bestehen; Preußen aber, insoweit es seine im Jahre 1866 zum Ausbruch gekommene Politik weiter verfolgt, nicht ohne die russische. Bei einem Bündnisse ist der Theil, welcher es am nothwendigsten zu suchen hat, der schwächere, und dieser muß die Bedingungen des stärkeren Genossen annehmen. Die belastenden Bedingungen einer solchen Allianz brauchen nicht in einem Vertrage niedergelegt zu sein, den man zerreißen kann, sondern in den Thatfachen, die unzerstörbar sind. Wenn Rußland heute seinem Allirten Preußen eine mörderische Bedingung auferlegen will, so braucht es bloß das Berliner Cabinet zu bedrohen, im Falle der Nichterfüllung eine Allianz mit Frankreich abzuschließen und seinem Befehle muß sofort der Gehorsam entgegenkommen.

Man sagt, daß in diesem Augenblicke die Gefahr eines Kampfes zwischen Persien und der Türkei eminent sei. Bricht er aus und schlagen die Perser die Türken, so haben thatsächlich die Russen die Schlacht gewonnen. In gleicher Weise siegte das Moskowitertum bei Sadowa, obgleich es nicht einen einzelnen Mann in die Gefechtslinie stellte. Das Haus Hohenzollern kann nun allerdings noch mit Zustimmung Rußlands sein Land vergrößern, aber nicht ohne für jede Meile, die es gewinnt, eine andere Meile oder mehr als diese an jene Macht aus den Gebieten hinzugeben, welche bisher ein Bollwerk des westlichen Europa bildeten. Das Haus Hohenzollern kann nicht wachsen, ohne das Haus Romanoff stärker mitwachsen zu lassen, und haben beide ihre Höhe erreicht, so ist Preußen positiv so stark und relativ so schwach geworden, um unverrückt der Vassall Rußlands bleiben oder unrettbar untergehen zu müssen.

Das sind die Folgen des Krieges vom Jahre 1866. Zwei Möglichkeiten bestehen. Eine Zufälligkeit kann eintreten, welche das Haus Hohenzollern schwächt und es nöthigt, Bedingungen anzunehmen, denen ähnlich, welche auf dem Fürstentage zu Frankfurt vorgeschlagen wurden. Es würde dann ein Gleicher unter Gleichen sein und das zusammengeschlossene Deutschland könnte einig, groß, sicher, ohne übermäßige Anstrengungen seiner Bevölkerung, den Hort der weiteuropäischen Cultur bilden. Oder die Hohenzollern'sche Dynastie kann weiter und erfolgreich auf dem Pfade von 1866 fortschreiten. Dann wird das Herabgehen Deutschlands sich mit mathematischer Nothwendigkeit an sein Hinaufsteigen knüpfen. Nur überschattet von Rußlands Macht ist dann Raum für das Wachsthum der Macht Preußens. Dann wird die Zeit kommen, wann das Schicksal des Elsaß ein beneidenswerthes erscheinen wird für diejenigen, welche das Schicksal Kurlands für ihre Nachkommen in der Ferne erblicken werden. Das Geschick des Biron'schen Hauses würde aber dann langsam und sicher einen größeren und berühmteren Stamm ereilen.

(Warr. Wochenschr.)

Die Mazzinisten in Bologna.

Florenz, 19. April. (Tr. Btg.) In der gestrigen Sitzung gelangte die von der Linken angekündigte und von Regnoli eingebrachte Interpellation über die Ruhestörungen in Bologna zur Verhandlung und schloß mit einem vollständigen Siege der Regierung. Angesichts der Abwesenheit vieler Mitglieder der Linken wollte diese zwar anfangs die eingebrachte Interpellation, zu deren Beantwortung sich der Minister bereit erklärt hatte, vertragen, und als die Kammer sich diesem Beginnen widersetzte, zog Regnoli die Interpellation ganz zurück, was ihm aber nichts nützte, da Ferrara von der Rechten dieselbe aufnahm und so der Regierung Gelegenheit bot, sich zu rechtfertigen. Der Minister des Innern Cadorna entledigte sich denn auch seiner Aufgabe mit großem Geschicke und gutem Erfolge. Nachdem er eine kurze Darstellung der Vorfälle in Bologna gebracht und hervorgehoben hatte, wie die Haupttheilnehmer meistens Bursche von 17—18 Jahren gewesen, beschuldigte er offen die Actionspartei, beziehungsweise die Mazzinisten, die Ruhestörung in Scene gesetzt zu haben. Mit lebhaftem Ausdruck in Stimme und Geberde und unter dem lautesten Beifalle der Kammer erklärte der Minister, daß die Regierung, wenn sie auch nicht immer die üblichen wohlfeilen populären und schwülstigen Phrasen über Freiheit und Gleichheit im Munde führe, doch die constitutionellen Freiheiten und die Rechte des Volkes so sehr liebe und achte, wie irgend jemand, daß sie aber nicht dulden könne, daß dieser Freiheit anarchische Zustände substituirt und die gesellschaftliche Freiheit durch die Tyrannei des Pöbels verdrängt werde. Das freie Versammlungs- und Petitionsrecht verleihe dem Volke die Mittel, seine Angelegenheiten offen zu besprechen, seinen Bitten und Beschwerden Gehör zu ver-

schaffen — ein Ausschreiten, eine Verletzung der Gesetze werde die Regierung aber nie dulden. Indem der Minister offen das energische Vorgehen des Präfecten von Bologna rühmt und ihm das Zeugniß gibt, seine Pflicht gethan zu haben, erklärte er, daß auch die Regierung vollständig von der Gerechtigkeit ihrer Handlungsweise überzeugt und durchdrungen sei, und im Wiederholungs-falle ganz so handeln werde, wie sie jetzt gehandelt habe. Diesen energischen und überzeugenden Erklärungen des Ministers gegenüber, welche von den Deputirten Beruzzi und Gambri wirksam unterstützt wurden, verhallten die hohlen Phrasen Cairoli's, Corte's und Regnoli's machtlos und der Gegenstand war hiermit ohne weitere Folgen erledigt.

Nachdem diese Interpellation so günstig verlaufen, wird wohl auch die für die nächste Sitzung angekündigte Interpellation Ricciardi's über die Suspension der drei Professoren der Bologneser Universität ohne Folgen vorübergehen, um so mehr, da diese Professoren sich eben bei den letzten Ereignissen in Bologna abermals stark compromittirt und als Mazzinistische Agenten reinsten Wassers entpuppt haben. Zwei der genannten Professoren, die Herren Ceneri und Caldesi, wurden über Requisition der Gerichte verhaftet, und es wäre doch sonderbar, wenn die Kammer der Regierung das Recht bestreiten würde, vom Staate besoldete Beamte, wie es die beiden republicanischen Professoren sind, welche gegen eben diesen Staat und dessen Oberhaupt conspiriren und mit Mazzini offen in Verbindung stehen, von ihrem Posten zu entfernen. Uebrigens haben die in den letzten Tagen in Bologna vorgenommenen Verhaftungen Thatsachen zu Tage gefördert, welche den vollständigsten Beweis dafür liefern, daß die Mazzinistische Partei bei den letzten Ruhestörungen in Bologna ihre Hand im Spiele hatte, und daß mehrere der Verhafteten, und namentlich die Professoren Ceneri, Caldesi und Filopanti auf das schlimmste compromittirt sind.

Die Verhandlungen mit Rom

sind noch nicht förmlich wieder aufgenommen und konnten es auch nicht, da ihrer Weiterführung noch die feste Grundlage der erst noch zu sanctionirenden und zu publicirenden confessionellen Gesetze fehlt. Aber der Botschafter Graf Crivelli ist gleichwohl vorläufig angewiesen, nochmals und unausgesetzt zu versichern, daß allerdings auf die volle Durchführung der Verfassung auch auf dem confessionellen Gebiete nicht verzichtet werden könne und werde, daß jedoch auch nicht entfernt beabsichtigt werde, oder zu besorgen sei, daß dadurch das katholische Leben irgend welche Beeinträchtigung erfahre, daß vielmehr der katholischen Kirche gerade durch die Verfassung ihre nur nach Maßgabe dieser Verfassung selbst beschränkte Autonomie gesichert sei, und daß die Regierung es als ihre erste Pflicht erachte, die Zwecke der Kirche nach besten Kräften zu fördern. Die Stimmung in Rom soll übrigens, wesentlich auch in Folge einer aufklärenden Einflußnahme Seitens des ungarischen Episcopats, desselben Episcopats, dessen Haupt so eben in einer officiellen Ansprache preisend des in Ungarn nie gestörten herzlichen Einvernehmens zwischen Kirche und Staat, zwischen Sacerdotium und Imperium, gedenken konnte, eine bedeutend mildere und versöhnlichere geworden sein und es soll sich die päpstliche Curie sogar zu dem Verdacht hinneigen, daß es eine Verquickung der kirchlichen mit sehr weltlichen feudalen Interessen gewesen, welche sie zu ihren Zwecken mißbraucht habe.

Die Arbeiterfrage in der Schweiz.

Genf, 15. April. Die Gröve ist vorüber, und seit vorgestern sind die Bauwerkstätten in und um Genf wieder eröffnet. Aber noch lange werden die Stauwolken nicht verziehen, welche jene Angelegenheit in der Genfer und in der schweizerischen Presse überhaupt aufgeworfen hat. In einem Punkt stimmen so ziemlich alle Blätter überein: darin nämlich, daß Staatsrath Campario mit großer politischer Klugheit, mit gründlichster Erkenntniß des Wesens der Demokratie, durch sein eben so vorsichtiges als vermittelndes Verhalten nicht wenig zu einer glücklichen Lösung des Conflictes beigetragen hat. Seine Beliebtheit bei den Massen ist bedeutend gestiegen. Ebenso kann man der unter den Arbeitern herrschenden Disciplin, auch von gegnerischer Seite, die Anerkennung nicht versagen, daß wesentlich durch diese Ordnung jeder Exceß vermieden wurde und keine der hie und da gehegten Befürchtungen eintrat. Die Arbeiterfrage ist durch die Gröve in Genf einmal auf die Tagesordnung gesetzt, auch das „Journal de Genève“ fordert jetzt zum ernstesten Studium derselben auf. Daß diese Frage bei unseren demokratischen Verfassungszuständen von nun an auch einen sehr entschiedenen Einfluß auf die Politik ausüben wird, liegt auf der Hand und wird sich sicherlich bei den nächsten Wahlen schon zeigen. Der internationale Arbeiterbund soll in Genf 2000 Mitglieder zählen, welche stimmberechtigte Bürger sind. Ein Aufruf der „Sectionsguppe deutscher Sprache“ des internationalen Bundes und des deutschen Arbeiterbildungsvereines in Genf fordert die Arbeiter Deutschlands auch noch zu ferneren Unterstützungsbeiträgen auf, da die aus der Gröve entstandenen Rücksände noch einen Kosten-

aufwand von 20.000 Fr. erheischen. Eine demnächst erscheinende Broschüre von J. Ph. Becker soll die Ursachen, den Verlauf und die Folgen der Greve im Sinne des Arbeiterbundes beleuchten.

Die Unruhen in Barcelona.

Aus Barcelona liegt der folgende Bericht vor: „Heute (14. d. M.) wurde einer unbedeutenden Thatsache halber ganz Catalonien in Belagerungszustand erklärt. Gestern sollte zum ersten male einer der bisher üblichen Feiertage als solcher ausfallen. Ostermontag wollen, wie Sie das kennen, die Arbeiter bummeln. Die Principale verlangten aber, daß sie in die Fabrik kämen; die Arbeiter gehorchten ungern. Zur Mittagsmahlzeit gerufen, protestirten aber die Arbeiter einer Fabrik; sie wollten nicht arbeiten, da es heute Festtag und es eine Sünde sei, an einem solchen zu arbeiten, wie ihnen dies gestern in der Predigt vom Pastor gesagt worden sei. Sie rissen Arbeiter aus anderen Fabriken mit sich fort, der Haufe schwoll an und zwang die Handlungs-Commiss, ihre Arbeit einzustellen, indem sie theilweise die Verkaufsmagazine zertrümmerten. Die Behörden kamen den betreffenden Bürgern, die man gegen ihren Willen am Arbeiten verhindern wollte, nicht zu Hilfe. Die Gendarmen weigerten sich, zu Gunsten eines Fabricanten zu interveniren, der seine Maschinen fortarbeiten ließ, und sagten zu dem Werkführer: „Wenn man Sie zusammenhaut, desto schlimmer.“ Der General-Capitän sagte selbst zu den Meuterern, die vor sein Palais kamen: „Ja, Kinder, Ihr habt Recht, es ist heute Festtag; man muß ihn feiern.“ Am Nachmittage arbeitete niemand; die Stadt war daher ruhig und die Theater und Kaffeehäuser stark besucht. Der Civil-Gouverneur richtete eine Proclamation an die Bewohner, worin er den Vorfällen wenig Wichtigkeit beilegte. Niemand dachte mehr an die ganze Sache, als plötzlich starke Truppenabtheilungen aller Waffengattungen auf der Promenade der Rambla erschienen und der General-Capitän Graf Cheste den Belagerungszustand erklären ließ. Alle Welt war auf's höchste erstaunt. Die Ursache der gestrigen Unruhen war nur der Wunsch, Ostern feierlich zu begehen, und da ein zweites unterdrücktes Fest, die Quasimodo, herannah, so war es natürlich, daß die Behörden Vorsichtsmaßregeln ergriffen. Daß jedoch Graf Cheste dies zum Vorwande nahm, um den Belagerungszustand wieder zu verhängen, ist kaum begreiflich.“

Ausland.

— (Preussischer Sieg.) Der neulich von uns erwähnte Kampf in Hessen-Darmstadt ist entschieden, die preussische Partei hat gesiegt. Das Kriegsministerium wurde aufgelöst. Die Obersten Moog, Scholl und Hartmann, sowie die Ministerialräthe Hallwachs und Preusschen sind zur Disposition gestellt. Prinz Ludwig hat das Commando der hessischen Division wieder übernommen.

— (Garibaldi.) Die Gerüchte, welche Garibaldi bald nach der Insel Sardinien einen Ausflug machen, bald nach Sicilien übersiedeln, schließlich sogar in Rom als Mönch verkleidet erscheinen und die dortigen Befestigungen besichtigen ließen, werden von Caprera aus widerlegt. Garibaldi hatte seine Insel nicht verlassen; er ist mit landwirthschaftlichen Gegenständen beschäftigt, ohne die Antwort der zahlreich an ihn eingehenden Briefe zu versäumen.

Paris, 17. April. (Zur Pressfreiheit.) Den Journalen ist durch eine Entscheidung des Cassationshofes das Recht abgesprochen worden, den Lesern die Vorgänge in den Commissionen des gesetzgebenden Körpers mitzutheilen. Das in Arras erscheinende Journal „L'Odre“, welches einen Commissionsbericht gebracht hatte, ist der Veröffentlichung eines unerlaubten Berichtes schuldig gesprochen worden.

Tagesneuigkeiten.

— (Kaiser Max-Denkmal.) Das Comité zur Unterstützung der aus Mexico heimgekehrten Freiwilligen wird nun den Bau eines in Mexing für den Kaiser Max zu errichtenden Monumentes in die Hand nehmen. Wenn die bisher getroffenen Dispositionen keine Störung erleiden, wird die Grundsteinlegung zu diesem Monumente am 19. Juni, dem Todestage des verewigten Fürsten erfolgen.

— (Die Dampfschiffe des Sultans.) Am 31. Juli v. J. fand bekanntlich die Abreise des Sultans von Wien statt und man sprach damals viel von der eleganten Decorirung des Landungsplatzes bei den Kaiserpalästen und der drei Schiffe, die den Großherren nach Pest bringen sollten. In der That hatte die Donauidampfschiffahrtsgesellschaft alles aufgeboten, um den Sultan so glanzvoll als möglich scheid zu lassen. Daran erinnert sich noch jedermann, aber weniger bekannt dürfte ein Proceß sein, der jenem schönen Tage entleimte. Es war erst wenige Tage vor dem 31. Juli definitiv bestimmt worden, daß der Sultan den Wasserweg nach Pest nehmen werde, und die Gesellschaft war in nicht geringer Verlegenheit, in aller Eile die nöthigen Decorationsarbeiten für die Schiffe zu erhalten. Nach langen Unterhandlungen fand sich endlich eine unserer ersten Firmen, welche zur Lieferung der nöthigen Ausschmät-

lungen trotz der kurzen Frist sich bereit erklärte. Nun ging es über Hals und Kopf an die orientalische Decoration, und wirklich machte sich am Tage der Abfahrt alles „bezaubernd schön.“ Die Journale waren voll des Lobes über die geschmackvolle Decorirung, aber die Gesellschaft machte doch ein saueres Gesicht, als ihr die hohe Rechnung der Firma für die schönen Decorationen überreicht wurde. Sie fand das Conto „zu rund,“ die Firma wieder erklärte, die Auftraggeber hätten damals ein mutbiges „loste es was immer!“ ausgesprochen, und gekostet habe die Geschichte allerdings enorm. Es kam zum Proceß, und Sachverständige wurden eingeladen, den Werth der Decorationen zu prüfen. Die Herren Experten fragten ganz harmlos nach dem Standplatz der Schiffe, da sie nur nach einem Gesamteindruck ein sicheres Urtheil abzugeben vermöchten. Die Schiffe, die den Sultan nach Pest geführt, waren natürlich schon längst ihres festlichen Schmudes entkleidet, und all der bunte Stoff und der stimmende Kram lag in großen Kisten verpackt. Hier war freilich ein Sachbesund mit dazugehörigem „Gesamteindruck“ schwer durchführbar, und so ist, wie die „Pr.“ mittheilt, der Civilproceß noch immer in der Schwebe.

— (Arbeiterwohnungen.) Wie es heißt, sollen sich in Brunn mehrere Private mit dem Plane tragen, eine Gesellschaft zu bilden, welche sich die Aufgabe stellen soll, solide und billige Arbeiterwohnungen zu erbauen. Die Realisirung des zeitgemäßen Gedankens wäre auch anderwärts zu empfehlen.

— (Ungarische Garde.) Wie man aus Ofen mittheilt, sind dort unter andern auch die Vorverhandlungen wegen Errichtung der ungarischen adeligen Leibgarde zu einem Abschluß gebracht worden, demzufolge in Kürze Schritte zur Organisation derselben gemacht werden dürfen.

— (Strenges Urtheil.) Am 17. d. M. fand in Pest in dem Ehrenbeleidigungsproceß des Kriegsministers Baron Kuba gegen Karl Meszaros, Redacteur des „Ludas Matyi“, die Schwurgerichtsverhandlung statt. Meszaros wurde für schuldig erkannt und zu einjährigem Kerker und 400 fl. Geldstrafe verurtheilt. Der Verurtheilte meldete unter Protest die Berufung an.

— (Aus Szegedin) läßt sich „Esti Lap“ folgendes schreiben: Nachdem Szegedin von aufrührerischen Proclamationen überschwemmt und die Behörde aus eigenem Antriebe dagegen nicht eingeschritten, erließ der Minister des Innern eine strenge Verordnung an den Bürgermeister, daß er die Verbreitung der aufrührerischen Schriften einstelle und die Betreffenden im Falle der Betretung verhafte. Was thut hierauf der Bürgermeister in Gemeinschaft mit dem Stadthauptmann und Stadtrichter? Sie lassen am Ostermontag den Wortsaut der Verordnung mit Trommelschlag publiciren. Das Volk lacht ihnen natürlich ins Gesicht, und es wird damit nur das erreicht, daß die Proclamationen, die früher umsonst vertheilt wurden, jetzt auch für Geld abgehen.

— (Bedeutung Trieste's.) Eine Triester Correspondenz des Genueser „Corr. merc.“ schildert den Aufschwung, welchen die Dampfschiffahrtsgesellschaft des österr. Lloyd in der letzten Zeit genommen, weist auf einige damit im Zusammenhange stehende Projecte (Dampfschiffahrtslinie jenseits des rothen Meeres, Verbindung mit New-York u. s. w.) hin und stellt dem Handel dieses Plazes eine großartige Zukunft in Aussicht.

— (Felsabsturz.) Am 16. d. M. Nachmittags, mußte der von Bozen kommende Zug bei Patsch Halt machen, da außerhalb dieser Station ein ziemlich bedeutender Felsabsturz vor sich gegangen war. Da keine Aussicht zu einer baldigen Beseitigung des Hindernisses vorhanden zu sein schien, so mußte der Zug nach Matrei zurückfahren, während ein Theil der Passagiere theils zu Fuß, theils per Wagen den Weg nach Innsbruck einschlug.

— (Dem König Georg von Hannover) scheint die von Preußen vorgenommene Beschlagnahme seiner Revenuen empfindliche Verlegenheiten zu bereiten. Die in Paris weilenden Hannoveraner verlangen nämlich bereits preussische Pässe zur Heimkehr, weil ihnen aus Hiebing bedeutet wurde, daß sie keine weitere Unterstützung erhalten könnten. Dem Wiener Rusitverein, welcher kürzlich um einen Beitrag zu einem Concertgebäude bat, entgegnete der König, er könne jetzt keinen Beitrag leisten, da er sich „in sehr schlechten pecuniären Verhältnissen befinde. Sobald Preußen wieder sein Vermögen herausgebe, wolle er sich ebenfalls betheiligen.“

— (Die englisch-abyssinische Expedition.) Dr. H. Schweinfurth stellt der englischen Expedition in der „Köln. Ztg.“ das Prognostikon, daß sie für dieses Jahr voraussichtlich scheitern wird. In weniger als vier Wochen werde in Abyssinien die Regenzeit beginnen; ist diese einmal da, dann werde es für die Engländer sogar eine Unmöglichkeit sein, sicher das Meer wieder zu erreichen. Interessant ist, was Dr. Schweinfurth von der Festung Magdala sagt. Königstein sei im Vergleiche mit derselben ein kleines Festungsgemäuer; denn Magdala sei ein Plateau von mehreren Stunden im Umlauf, dessen Felswände nach allen Seiten tausende von Fuß herabstürzen und dessen Kornfelder Armeen erhalten könnten. Selbst eine Beschießung sei unmöglich, weil die Thalwände nach allen Seiten hin 5—3 Stunden in gerader Linie von einander durch 4000 Fuß tiefe Klüfte getrennt sind.

Locales.

— (Tagesordnung) der morgen, den 23. d., Nachmittags um 5 Uhr stattfindenden Gemeinderathsitzung: Vortrag der Finanzsection über den städtischen Voranschlag pro 1868.

— (Möbelschühengeellschaft.) Der Herr k. l. Landesgerichtsrath Edl. v. Strahl hat der hiesigen Möbelschühengeellschaft die Broncebüste Sr. kais. Hoheit weiland des Herrn Erzherzogs Rainer, einstigen Vicelkönigs von Italien, zum Geschenke gemacht. Diese großmüthige Spende eines wohlwollenden Schühensfreundes gewinnt, abgesehen von ihrem Kunstwerthe, dadurch an Bedeutung für die Gesellschaft, daß es das Abbild des erlauchten Vaters ihres Protector's Sr. kais. Hoheit des Herrn Erzherzogs Ernst ist, welche nunmehr die Schühenräume schmücken wird.

— (Die Adresse aus Unterfrain an Se. Excellenz Herrn Grafen Anton Alexander v. Auersperg) ist, wie wir erfahren, zunächst von der k. f. Stadt Röttling, wo sie mit zahlreichen Unterschriften von Bürgern versehen wurde, ausgegangen und abgeschickt worden. Der Stadt Röttling ist also zunächst die Ehre zu vindiciren, der wahren verfassungstreuen Gesinnung zuerst Ausdruck gegeben zu haben, wobei wir allerdings der Wahrheit gemäß constatiren müssen, daß die Adresse in der k. f. Stadt Ischernembi den freudigsten Anklang und bereitwillige Fertigung gefunden hat.

— (Schiller-Denkmal.) Das Schiller-Denkmal-Comité in Wien hat den von unserm gefeierten Landsmann A. A. Grafen v. Auersperg verfaßten Aufruf Sr. Majestät dem Kaiser mit der Bitte um a. b. Förderung des Unternehmens durch den Minister des Innern überreichen lassen und wird denselben mit Ende dieses Monats veröffentlichen. Gleichzeitig hat das Präsidium des Comité's, Graf Anton Auersperg und Ludwig August Frankl, bei der Statthalterei um die Bewilligung, zu dem genannten Zwecke Geldsammlungen vornehmen zu dürfen, nachgesucht und dieselbe, in Anbetracht des edlen künstlerischen Zweckes, mittelst Decretes in kürzester Frist erhalten. Wir hören soeben mit Vergnügen, daß Herr Professor Heinrich den Gedanken ausgesprochen hat, seinem mit so viel Beifall aufgenommenen Vortrage über „das Drama“ einen zweiten, die Schiller'schen Dramen speciell behandelnden folgen zu lassen und dessen Reinertrag dem Schiller-Denkmal zu widmen beabsichtigt. Wir wünschen, daß diese Idee baldigst verwirklicht werde. Schiller's Name und Herrn Professor Heinrich's Nebetalent verbürgen den Erfolg.

— (Ein Besuch im Atelier) unseres Landmannes Herrn Karinger ließ uns einen interessanten Blick in das Schaffen des strebsamen Künstlers thun, der, vor kurzem aus München rückgekehrt, soeben an einer farbenprächtigen Landschaft aus dem türkischen Grenzlande — See von Sutar und eine Bucht des adriatischen Meeres — arbeitet. Dieselbe ist für die nächste Kunsthausestellung bestimmt und bekundet einen bedeutenden Fortschritt in dem Streben des jungen Künstlers, von welchem wir noch manches Schöne erwarten dürfen.

— (Der zweite geologische Vortrag des Herrn Wilhelm Ritter v. Frisch) fand gestern Abends statt und behandelte die paläozoische und mesozoische Periode bis einschließlich der Juraperiode. Der Vortragende entwidelte in zweistündigem, freiem Vortrage eine genaue Kenntniß seines Gegenstandes mit besonderer Rücksicht auf unser Vaterland, dessen Stellung in der Geschichte der Erde dadurch eine gründliche Beleuchtung erhielt. Wenn wir einen Wunsch aussprechen dürfen, so wäre es dieser, daß aus der Fülle des Stoffes das mehr nur für den Forscher Interessante ausgeschieden und dem Zuhörerkreise lediglich die Resultate der Forschung in gedrängter Kürze und übersichtlicher Form geboten werden möchten.

— (Das Concert des Herrn k. l. Hof-Kammer-Pianisten Rudolf Willmers) findet kommenden Donnerstag, den 23. d. M., Abends halb 8 Uhr im landschaftlichen Redoutensale statt. Der künstlerische Ruf des Herrn Concertgebers hat eine so solide Grundlage, als daß wir nöthig hätten, die Kunstfreunde auf den ihnen bevorstehenden Genuß besonders aufmerksam zu machen. Willmers ist als Pianist eine Celebrität ersten Ranges und hat, ebenbürtig mit List, Thalberg, Dreischock und Schulhof, dem Claviere jene Verbreitung und Popularität verschafft, die man demselben willig im Concertsaale und in der Familie zuerkennt. In Wien, Berlin, Paris, London, in Kopenhagen, seiner Vaterstadt, in Petersburg (in letzterer Hauptstadt bei ausverkauftem Hause mit doppelt erhöhten Eintrittspreisen), sowie in jüngster Zeit bei den Patti-Concerten hat Willmers außerordentlichen Erfolg und glänzende Anerkennung gefunden. Von Sr. Majestät Kaiser Franz Joseph bei einer früheren Gelegenheit mit einem prachtvollen Brillantringe mit der allerh. Namensinschrift beschenkt, wurde ihm anlässlich der Vermählung der Erzherzogin Maria Theresia die Ehre einer Einladung zu einem Hofconcerte zu Theil, und geruheten Se. Majestät die von Willmers zu dieser Hochzeitsfeier componirten „Oesterreichischen Volksweisen“ als Dedication anzunehmen und dem Künstler dafür die große goldene Medaille für Kunst und Wissenschaft zu ertheilen. (Wiener Zeitung vom 28. Jänner d. J.). Von seinen zahlreichen melodischen und weitverbreiteten Compositionen nennen wir nur *Pompa di festa*, *Un jour d'été en Norvège*, *Sex-tuor finale di Lucia*, *Notturmo (E)* für die linke Hand (wofür er vom Pariser Conservatorium mit dem ersten

